

Die deutsche Politik sucht Auswege aus der wirtschaftlichen Abhängigkeit von den USA und China. Angela Merkels Besuch in Indien kommt allerdings zu einer schwierigen Zeit: Noch immer ist der Konflikt im Bundesstaat Jammu und Kaschmir nicht gelöst.

Mit Blick in die Zukunft

Bei Angela Merkels Besuch in Indien stand die Wirtschaft im Mittelpunkt – der Kaschmirkonflikt blieb Randthema

Künstliche Intelligenz, Fachkräfte, Luftfahrt – die Bundesregierung kehrt mit mehr als 20 Verträgen aus Indien zurück. Menschenrechte kamen zur Sprache, aber ohne Präsident Modi unter Druck zu setzen.

Von Natalie Mayroth, Delhi

Der vierte Besuch von Angela Merkel in Indien begann offiziell mit einer Militärausstellung am Freitagmorgen. Doch dicke Nebelschwaden trübten die Luft in Delhi, als die Kanzlerin auf ihren indischen Amtskollegen Narendra Modi traf. Anlass waren die fünften deutsch-indischen Regierungskonsultationen, zu der sie mit drei Minister*innen und einer Wirtschaftsdelegation einflieg. Schon bei ihrer ersten Reise nach Indien 2007 hatte die Kanzlerin ein ähnliches Programm: wirtschaftliche Zusammenarbeit stärken sowie den Klimaschutz. Ihren Themen ist sie damit treu geblieben. Die Bedingungen für Investitionen in Indien hätten sich verbessert, aber es gebe auch Raum für mehr, so Merkel.

Dass deutsche Unternehmen das Potenzial, das indischen Märkte mit seinen »enormen Möglichkeiten« nicht ausschöpft, wurde im Vorfeld der Gespräche auch von Seiten der Deutschen Industrie- und Handelskammer geäußert. In Delhi kam es dann zur Unterzeichnung von über 20 Verträgen im Bereich des Technologieaustausches bei künstlicher Intelligenz, Hochschulbildung sowie Luft- und Raumfahrt. Die von Merkel angekündigte Investition von einer Milliarde Euro in den nächsten fünf Jahren für grüne urbane Mobilität in Indien könnte dabei helfen, einen Stoß in die gewollte Richtung zu geben. Auf längere Sicht strebt Deutschland ein Freihandelsabkommen zwischen Indien und der EU an, auch das betonte Merkel auf ihrer Reise. Derzeit sind die Zölle auf EU-Importe nach Indien vergleichsweise hoch.

»Indien und Deutschland sind füreinander gute und verlässliche Handelspartner«, sagte die Bundeskanzlerin auf der Jahreshauptversammlung der Deutsch-Indischen Handelskammer am Samstag in Delhi, bei der sie zugleich für Fachkräfte aus Indien warb. Derzeit studieren 20 000 Indier*innen in Deutschland. Doch es können »gerne mehr werden«, sagte Merkel. Sie versprach zu dem Maßnahmen, die die Einwanderung indischer Fachkräfte nach Deutschland vereinfachen sollen.



Bundeskanzlerin Angela Merkel mit dem indischen Premierminister Narendra Modi in Delhi

Foto: AFP/Prakash Singh

Derzeit sind 1800 deutsche Unternehmen in Indien tätig, durch die etwa eine halbe Million Indier*innen beschäftigt sind. Mit einem Handelsvolumen zwischen beiden Ländern von circa 21,4 Milliarden Euro im vergangenen Jahr ist Deutschland der größte Handelspartner Indiens in

der EU. In den kommenden Jahren wird erwartet, dass Indien mit seinem Bevölkerungswachstum China einholen wird. Merkel vermied es dabei, wirtschaftliche Interessen mit Menschenrechtsfragen zu verbinden, obgleich am Tag ihrer Anreise der Bundes-

staat Jammu und Kaschmir geteilt wurde. Dabei hatte der Bundestag bereits Stellung zur Aufhebung des Sonderstatus in der Erklärung zur Stärkung deutsch-indischer Beziehungen bezogen. Lediglich bei einer Pressekonferenz für deutsche Journalist*innen sprach sie

über den Kaschmirkonflikt. Sie begrüßte, dass Indien der Allianz der multilateralen Länder beigetreten ist, die am Rande der Vereinten Nationen gegründet wurde. Dennoch sagte sie: »So wie im Augenblick die Situation für die Menschen in Kaschmir ist, ist sie nicht nachhaltig und nicht gut. Das muss sicher verbessert werden.« Sie wollte sich für Deeskalation und Entspannung einsetzen und wünsche sich, »dass Indien und Pakistan eine friedliche Lösung finden.«

Später hieß es aus Regierungskreisen, Bundeskanzlerin Merkel und Premierminister Modi hätten sich über die Entwicklungen in Afghanistan, Kaschmir sowie das Verhältnis zwischen Indien und Pakistan und auch über die Lage in Syrien ausgetauscht. Details über die Gespräche wurden zunächst nicht bekannt gegeben.

Insgesamt standen im Zentrum der Regierungskonsultationen die der Wirtschafts- und Handelsbeziehungen, aber auch außen- und si-

Merkel vermied es, wirtschaftliche Interessen mit Menschenrechtsfragen zu verbinden, obgleich am Tag ihrer Anreise der Bundesstaat Jammu und Kaschmir geteilt wurde.

cherheitspolitische Fragen wurden am Rande diskutiert. Letztere jedoch nur im Stillen. Nur wer genau hinsah, bemerkte, dass die Kanzlerin einen Termin mit Frauen in Führungspositionen einschob, und die zu niedrige Beteiligung von Frauen am indischen Arbeitsmarkt erwähnte. Zudem ließ sie einen Moschee-Besuch einplanen, was von ihrem Sprecher Steffen Seibert über den Kurznachrichtendienst Twitter verbreitet wurde.

Beide Seiten können wohl zufrieden sein mit ihrem Treffen. Merkel riskierte mit ihrer zurückhaltenden Kritik keine diplomatische Eskalation und der Hinduhardliner Modi konnte sich nach seinem Scheitern des Sonderstatus rechtlicher EU-Abgeordneter mit Merkel als »einer Freundin Indiens und einer persönlichen Freundin« zeigen.

Rechte unter sich

Die indische Regierung sorgte für Verärgerung, in dem sie eine Reise rechter EU-Abgeordneter nach Kaschmir erlaubt hat. Denn nationale Oppositionspolitiker bleiben weiterhin ausgespart.

Von Thomas Berger

Es sei keine offizielle Abordnung von EU-Parlamentariern, stellte die Europäische Union klar. Die Reise von 27 EU-Parlamentariern nach Indien vergangene Woche, inklusive einem zehntägigen Besuch im abgeschotteten Bundesstaat Jammu und Kaschmir, sei auf private Initiative entstanden. 23 der Teilnehmer gehören rechten Parteien an: Sechs sind Mitglieder des französischen Rassemblement National, fünf der rechtskonservativen polnischen Regierungspartei PiS, vier der Brexit-Partei aus Großbritannien, je zwei der deutschen AfD und der Lega aus Italien, dazu einzelne Vertreter gleicher ideologischer Ausrichtung aus Tschechien, Belgien und Spanien. Die übrigen Teilnehmer gehören den britischen Liberaldemokraten oder der sozialdemokratischen PD aus Italien an.

Premierminister Premier Modi höchstselbst empfing die Gruppe am Montag zum Gespräch. Anschließend erklärte der Nationale Sicherheitsberater Ajit Doval die Regierungssicht zur Lage in dem bisherigen Bundesstaat. Am 5. August hatte die hindunationalistische Bharatiya Janata Party die seit 70 Jahren verfassungsmäßig garantierten Autonomierechte von Jammu und Kaschmir entzogen. Zwar sind inzwischen nach wochenlangem Quasi-Ausnahmestand einige der verhängten Restriktionen aufgehoben worden. Hunderte vorsorglich festgenommene Regionalpolitiker und andere mutmaßliche »Unruhestifter« sind aber weiter in Haft oder unter Hausarrest, darunter die ehemaligen Chefminister Mehbooba Mufti (Volksdemokratische Partei) sowie Omar Abdullah und sein Vater Farooq (beide Nationale Konferenz).

Während sich die EU-Parlamentarier zwei Tage in der Regionalhauptstadt Srinagar und auch in der Umgebung umsehen durften, ist solches indischen Oppositions-angeordneten weiterhin verwehrt. Am 24. August war eine zehnköpfige Delegation mit Vertretern von acht Parteien, darunter Rahul Gandhi und Anand Sharma von der Kongresspartei (INC) und je ein Führungsmitglied der Linksparteien CPI und CPI-M, an einer Kaschmir-Visite gehindert worden. Von »mangelndem Respekt gegenüber dem eigenen Parlament« sprach Sharma angesichts der Freigabe für die EP-Gruppe. »Nur Faschisten mit tiefstehendem Hass auf Muslime« werde ein Besuch gestattet, twitterte die Tochter der inhaftierten Mehbooba Mufti über den Account ihrer Mutter.

Kaschmiris wollen, dass die Welt erfährt, was passiert

Die Politikerin Shehla Rashid kritisiert die Menschenrechtsbedingungen in der indischen Krisenregion

Am 5. August hat die rechte hindunationalistische Regierung von Ministerpräsident Narendra Modi dem Bundesstaat Jammu und Kaschmir den Sonderstatus entzogen. Am Donnerstag wurde der Bundesstaat Jammu und Kaschmir in zwei Unionsterritorien zerlegt. Seit mehr als 80 Tagen gilt eine Kommunikationsblockade, die nun etwas gelockert wurde. Doch Internet gibt es weiter nur an von der Regierung eingerichteten Stellen.

Frau Rashid, wie geht es den Menschen in Ihrer Heimat Kaschmir? Laut Regierung ist dort alles normal. Sie versucht gerade, für alles vereinfachte Erklärungen zu finden, um die Öffentlichkeit zu täuschen. Ein Stück weit stimmt das auch, da die Menschen in Kaschmir nicht mitbekommen, was zehn Kilometer von ihnen entfernt passiert, da die Kommunikation immer noch eingeschränkt ist. Kinder gehen nicht zur Schule, die Universitäten bleiben leer, öffentliche Verkehrsmittel fahren nicht und auch die Softwareparks und Unternehmen bleiben geschlossen, weil es kein Internet gibt.

Im Netz kursieren viele Falschnachrichten und Fehlinformationen über die Lage in Kaschmir, auch über Sie persönlich. Beeinträchtigt Sie das? Selbst wenn ich mich nicht kritisch äußere, werde ich getrollt. Es gibt TV-Sendungen über mich. In Indien nehmen Fanatismus, Hass und Gewalt zu.

Manchmal kommt das an mich heran. Doch dann besinne ich mich, vor allem dann, wenn ich erneut von Lynchmorden höre, deren Zahl unter der Regierung von Premierminister Modi angestiegen ist.

Ist das ein Grund, warum Sie sich aus der Politik zurückziehen? Den Menschen in Kaschmir wurden ihre Rechte entzogen und fast jede*r Politiker*in festgenommen. Sie wurden dazu aufgefordert, Kompromisse einzugehen, um in der Politik zu überleben. Ihnen wurde gesagt, dass sie nur dann freikommen, wenn sie nicht über Artikel 370 sprechen, mit dem die Teilaautonomie Kaschmirs gefallen ist. Weil ich diesen Kompromiss nicht eingehen will, habe ich mich distanziert.

Einige Politiker*innen aus Kaschmir stehen derzeit noch unter Arrest. Hatten Sie auch Probleme? Mir wurden Aufwiegelung und die Verbreitung von Falschnachrichten vorgeworfen, weil ich Menschenrechtsverletzungen im Süden Kaschmirs hervorgehoben habe. Junge Menschen wurden von der Armee gefoltert und ihre Schreie über Lautsprecher abgespielt. Der Vorfall wurde seitdem von internationalen Medien bestätigt, doch gegen mich läuft ein Verfahren. Gerade bin ich bis zum 5. November auf Kautions frei. Sie können meine Kautions verlängern oder mich verhaften.

Sie selbst haben dagegen geklagt, dass die Regierung dem Bundesstaat Jammu und Kaschmir den Autonomiestatus entzogen hat.

Wir haben keine Wahl. Wir können es uns nicht leisten, nichts zu unternehmen. Das Oberste Gericht ist die einzige Institution, die uns geblieben ist. Alle anderen wurden stark kompromittiert. Niemand sonst kämpft für unsere Rechte. Wir wollen nicht, dass diese Situation zur Normalität wird. Am Tag nach der Ankündigung, Kaschmir den Sonderstatus zu streichen, habe ich begonnen, mit Anwälten in Delhi an einer Klage zu arbeiten. Doch bisher wurden wir nicht gehört.

Sie sind als Studentin in der All India Students' Association, der Studentenorganisation der marxistisch-leninistisch Kommunistischen

Partei indiens CPI/ML, politisch aktiv geworden sind. Was war der Auslöser?

Im Oktober 2010 gab es Massenproteste in Kaschmir, gegen die der Staat unverhältnismäßig harte Gewalt anwandte. 110 junge Menschen starben und 1000 weitere wurden verletzt und erblindeten. Damals haben ich und viele Menschen aus meiner Generation verstanden, dass wir in einer Konfliktzone leben. Seitdem engagiere ich mich als Menschenrechtsaktivistin. Bis zum 3. August haben wir in meiner Heimatstadt Srinagar beispielsweise eine Bildungsinitiative aufgebaut, die Kinder unter der Armutsgrenze finanziell den Schulbesuch ermöglicht.

Wie sieht es heute damit aus? Die Zentralregierung hat jede Art von konstruktiver Politik zerstört, die in

Kaschmir stattfand. Jede Art von politischer Aktivität wurde verboten, ebenso Versammlungen von mehr als fünf Personen. In diesen Tagen politisch weiter aktiv zu sein, geht nur, wenn man auf die Bedingungen der Regierung eingeht.

Gibt es also noch Widerstand in Jammu und Kaschmir? Viel ist nicht geblieben. Erneut wurden Frauen verhaftet, die gegen den Entzug der Sonderrechte protestiert haben. Trotz der prekären Lage halten Ladenbesitzer freiwillig ihre Geschäfte geschlossen und Äpfelbauern ernten nicht.

Die indische Regierung weist jegliche Kritik an der Situation in Kaschmir als Einmischung in innere Angelegenheit zurück. Haben Sie Hoffnung auf internationalen Druck?

Erst als die Vereinten Nationen über den Autonomieverlust Kaschmirs gesprochen hat, gab es Reaktionen von der indischen Regierung. Die internationale Gemeinschaft hat ihre eigenen Interessen und Gründe. An diesem Tag wurden die Festnetzverbindungen wieder hergestellt. Dennoch hätte die UNO viel mehr Interesse zeigen und Aktivitäten aus Kaschmir zur Vollversammlung in New York einladen sollen, so wie Greta Thunberg. Kaschmiris wollen, dass die Welt erfährt, was passiert.



Shehla Rashid, 31, ist Ingenieurin und war Vizepräsidentin der Studentengewerkschaft an der Jawaharlal-Nehru-Universität in Delhi, wo sie derzeit promoviert. Im März schloss sie sich der Partei Jammu and Kashmir People's Movement an. Mit ihr sprach in Delhi Natalie Mayroth. Die Reise wurde durch das Internationale Medienstipendium der Sir-Hugh-Greene-Stiftung unterstützt. Foto: Mukul Dube